

Phrasen geworden wie das deutsche. Nichts von alledem ist in Erfüllung gegangen, was so viele aus dem Frieden erhofft hatten. Der Feind ist geblieben und führt Krieg mit anderen und schändlicheren Mitteln fort. Gerade wir im Mitteldeutschen Verbands werden durch das kulturschänderische Treiben der Franzosen, die die schwarze Pest gegen wehrlose friedliche Deutsche entfesselt haben, unmittelbar berührt und wir denken dabei besonders unserer im besetzten Gebiet wohnenden Kollegen. Möchten sie trotz allem nicht müde werden und stets Vorkämpfer deutscher Art und deutscher Kultur bleiben!

Aber nicht nur unsere Feinde machen das Wort Frieden zuschanden, im Innern unseres Landes gärt und brennt es noch überall. Der Erzberger-Frieden beginnt sich immer fühlbarer zu machen. Überall wirtschaftliche Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, Teuerung, letztere z. T. verursacht durch gewissenlose Ausbeuter, Bucherer und Schmarotzer. Was der Schandfriede von Versailles und das Gewaltdiktat von Spa noch übrig gelassen haben, wird die Erzberger'sche Steuergesetzgebung vernichten, die viel besser als Sozialisierung und Kommunalisierung das deutsche Volk und das deutsche Wirtschaftsleben — wenigstens in Preußen — einer Rätediktatur auszuliefern geeignet ist, wenn nicht noch in letzter Stunde das Bürgertum erwacht und dem Beispiel Süddeutschlands folgend sich kräftig zur Wehr setzt.

Auch der deutsche Buchhandel droht in ernste Existenzkämpfe verwickelt zu werden, deren Ausgang nur mit Schaden — vielleicht dauerndem — verbunden sein kann. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als der Kampf in den eigenen Reihen ohne Not entfesselt worden ist und in geradezu frivoler Weise den seitherigen guten Ruf des deutschen Buchhandels in der Öffentlichkeit aufs Spiel setzte. So mehren sich im »Frieden« für uns fortgesetzt die Schwierigkeiten, und es bedarf äußerster Anstrengungen, derselben Herr zu werden, damit nicht unsere ganze Organisation und alles seither Erreichte unwiederbringlich verloren geht.

Das Sortiment kann auf gute Geschäftsjahre zurückblicken, die es ihm möglich gemacht haben, freier und kaufmännischer zu arbeiten, seine Angestellten besser zu entlohnen, den Verleger durch erheblich größere feste Bezüge zu stärken und dessen Risiko dadurch erheblich zu vermindern. Trotzdem wird kein Sortiment als Kriegsgewinnler bezeichnet werden können, im Gegenteil, es zeigt sich, daß die höheren Umsätze nur ein Scheingeschäft waren, da die Einnahmen zu Lager-Ergänzungen, der rapid steigenden Preise zufolge, nicht ausreichen. Von Rücklagen kann daher keine Rede sein, die Steuerabgaben bedrohen vielmehr jeden Einzelnen unrettbar mit neuem Verschulden. Noch schwieriger liegen die Dinge beim Verlag. Während früher jede notwendig werdende neue Auflage ein freudiges Ereignis war, ist sie jetzt Gegenstand stets größerer Sorge. Die Papierpreise weisen zum Teil nur einen geringen Rückgang auf, Drucker- und Buchbinderpreise steigen durch stets neue Lohnforderungen beständig. Anstatt geschlossen im Buchhandel gegen die Verteuerungspolitik im Buchgewerbe Stellung zu nehmen, wozu die neben sonstigen Reserven verteilten hohen Dividenden der Papierfabriken allen Anlaß bieten, bekämpfen sich leider Verlag und Sortiment in der Öffentlichkeit, indem einer dem andern zu hohe Preise und zu hohen Nutzen vorwirft. Fürwahr ein klägliches Bild eines Berufs, in dem einer auf den andern jederzeit angewiesen war und angewiesen sein wird.

Diese Hinweise führen gleich zu der Frage, die den Buchhandel fast unausgesetzt während des letzten Jahres beschäftigt hat: dem Teuerungszuschlag. Unser Verband hatte im September v. J. in einer Entschliessung den Börsenverein gebeten, die geeigneten Schritte zwecks Erhöhung des Teuerungszuschlags alsbald zu tun. Dem Zwange der Lage folgend, ist auch in unserm Verband die Erhöhung auf 20% in einzelnen Städten (Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Mainz) früher eingetreten, als sie vom Börsenverein genehmigt und vom Verband beschlossen war, und es mag dahingestellt bleiben, ob die Erhöhung seitens des Börsenvereins überhaupt im Januar d. J. erfolgt wäre, wenn das Sortiment nicht zur Selbsthilfe in den teuren Städten geschritten wäre. Immerhin muß erwähnt wer-

den, daß der Verlag aus diesem eigenmächtigen Vorgehen des Sortiments für sich das Recht ableitete, sich nun seinerseits auch nicht an die Noistandsordnung zu halten. Dieselben Verleger freilich, die vom Sortimenter eine peinliche Achtung der Gesetze verlangen, haben die Noistandsordnung ihrerseits bei direkten Lieferungen auch mit nur 10% Zuschlag nicht anerkannt.

Die Durchführung auch des 20%igen Teuerungszuschlags, der im Januar verfügt wurde, ging glatt vor sich, auch das Reichswirtschaftsministerium erkannte seine Berechtigung an. Hatte der Vorstand des Verlegervereins noch zur Ostermesse anerkannt, daß die veränderte Lage die Erhöhung des Teuerungszuschlags rechtfertige, so ließ sich der gleiche Vorstand im Juli d. J. zu einer Maßnahme einer Minderheit von 29 Verlegern benutzen, die dem Ansehen des Buchhandels ungeheuer geschadet hat. Auch in unserm Bezirk waren wir genötigt, Gegenerklärungen zu veröffentlichen, und die Presse hat mehrfach eingesehen, wie einseitig und daher verfehlt das Vorgehen und die Vorwürfe des Verlegervereins waren. Eine Beilegung und Klärung wurde allgemein durch die Marburger Tagung des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine erwartet, die aber von dem Verlegerverein leider überhaupt nicht beschickt wurde. Statt einer Klärung wurde die Versammlung vor die Annahme neuer Richtlinien gestellt, die Geheimrat Siegismund aufgestellt hatte und die auch in vorgerückter Stunde eine Mehrheit fanden, am Tage darauf aber in einer Gildeversammlung wieder abgelehnt wurden. Statt der neuen Siegismund'schen Richtlinien hatte u. a. auch Ihr Vorsitzender Revision der Noistandsordnung beantragt, die gelegentlich einer für Mitte Oktober vorgesehenen Hauptversammlung des Börsenvereins vorgenommen werden sollte. Statt dessen wurde aber nur zu einer Versammlung der Vorsitzenden der Vereine eingeladen. Das Ergebnis dieser Versammlung wird uns in unserer heutigen Sitzung vornehmlich noch beschäftigen.

Anderere Vorkommnisse von allgemeiner Bedeutung möchte ich nur kurz streifen, da sie in den Jahresberichten anderer Vereine wiederholt so ausführlich behandelt wurden, daß ich hier das bereits gedruckt Vorliegende nur wiederholen könnte.

Die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen war und ist besonders heute ein Schmerzenskind des Börsenvereins, das aus den Krankheiten offenbar gar nicht herauskommen kann. Die Geburt dauerte schon lange, sodaß fixe Brüder zuvor noch möglichst viel beiseiteputzen konnten, ehe das Kind überhaupt zur Welt kam und das Reich mit dem Ausfuhrverbot Pate stand. Die stets gleichmäßige Nahrung bekam dem Kinde noch schlechter, die sich viel mehr dem Stande der deutschen Bücherpreise und dem Valutawechsel hätte anpassen müssen. Trotzdem darf es nicht einfach totgeschlagen werden. Denn schon durch eine sofortige und unerhoffte Herabsetzung der Umrechnungskurse würden die deutschen Kollegen im Auslande schwer geschädigt, wieviel mehr durch eine gänzliche Aufhebung. Der Tiefstand unserer Mark hat schon wieder eine Hochflut von Schiebern, Spekulanten und Schmugglern über den Rhein gelockt, und es darf vom deutschen Standpunkt gewiß der Wunsch nicht als unberechtigt angesehen werden, daß wir für ein deutsches Buch vom Ausland so viel lösen, daß wir in der Lage sind, ein gleichwertiges Buch vom Ausland dafür wieder einzukaufen zu können. Es ist ein Selbstschutz, wie er bei dem unerhörten Tiefstand der Valuta sicher nicht unberechtigt ist. Aber die Bestimmungen müssen andererseits so sein, daß für das Ausland immer noch ein starker Anreiz zum Kaufen deutscher Bücher vorhanden bleibt. Das ist um so mehr nötig, als seitens Frankreichs und Englands außerordentliche Anstrengungen zur Verdrängung des deutschen Buches und zur Förderung der eigenen Produktion gemacht werden. Doch berührt diese Frage mehr den Verlag als das Sortiment. Am wenigsten zufrieden mit der Valutaordnung ist das Antiquariat, und gerade von Frankfurt aus sind fortgesetzt Anträge auf Vereinfachung der Bestimmungen und Einrichtung einer Außenhandelsniederstelle für Frankfurt ergangen. Ich bezweifle, daß die letzteren Wünsche Erledigung im Sinne der Antragsteller finden.